PROF. DR. HERIBERT HIRTE, MdB

CDU Köln

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert — Ende Oktober 2018

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Der Abend bei Bundeskanzlerin Angela Merkel ging ungewöhnlich lang: Ihre Essenseinladungen im Kanzleramt enden in der Regel nach knapp zwei Stunden. Doch für den Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nahm sich Merkel ausgiebig bis in den späten Abend Zeit. Aus Heribert Hirtes Sicht eine gute Entscheidung, denn der PKM tritt für die Belange kleinerer, mittlerer und familiengeführter Unternehmen ein. Von den 246 Abgeordneten der Fraktion engagieren sich derzeit 161 Abgeordnete in dem Forum.

(Foto: Bundesregierung/Jochen Eckel)

Gegen Ende des Jahres schaltet der Deutsche Bundestag immer merklich einen Gang höher, allein der November wartet mit drei statt der üblichen maximal zwei Sitzungswochen auf, hinter mir liegt bereits eine Doppelsitzungswoche. Es herrscht quasi Sommerschlussverkauf im Parlament, alle Fraktionen wollen vor Weihnachten noch möglichst viele Gesetzesvorhaben von Ihrer To-Do-Liste streichen können. Eine große und auch für mich wichtige Plenardebatte ging vergangene Woche um das Menschenrecht der Religionsfreiheit. Drei Anträge lagen uns Parlamentariern dazu vor, über die wir nach einer Stunde Redezeit abgestimmt haben. Unsere Fraktion setzt sich seit vielen Jahren vehement für bedrängte Christen und damit auch für die Religionsfreiheit ein. Ich selbst unterstütze dieses Anliegen, wie Sie wissen, mit der Leitung des Stephanuskreises seit mehr als vier Jahren. Im SEITENBLICK dieser Ausgabe finden Sie alles, was Sie über die Plenardebatte wissen sollten.

Ebenfalls wichtig für mich war in der zurückliegenden Sitzungswoche eine Gesprächsrunde, zu der ich Wirtschafts- und Rechtsexperten in das Paul-Löbe-Haus nach Berlin geladen hatte. Mit ihnen habe ich mich über ein EU-weites Wirtschaftsgesetzbuch ausgetauscht. Warum ich mich aktiv mit diesem Thema auseinandersetze und, warum das auch für Sie spannend sein dürfte, lesen Sie im NAHBLICK.

Diese und die kommende Woche bin ich zurück in Köln. Was mich hier erwartet, erfahren Sie am Ende dieses Newsletters. Ich melde mich dann Mitte November mit den nächsten Einblicken aus Berlin zurück.

Es grüßt herzlich

Ihr Heribert Hirte

Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 77830
Fax: 030 / 227 76830

Bürgerbüro:
Aachener Straße 227
50931 Köln
Tel.: 0221 / 589 86 762
Fax: 0221 / 589 86 765

E-Mail: heribert.hirte@bundestag.de
Facebook.de/HHirte @HHirte www.heribert-hirte.de

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

Das Thema

Die Wirtschaft - Herz der europäischen Konstruktion

Das europäische Wirtschaftsgesetzbuch

„Politik ist nur der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt“, frotzelte einst der (inzwischen verstorbene) Kabarettist Dieter Hildebrandt. Sicher, hinter jedem Witz mag immer auch ein bisschen Ernst, ein bisschen Wahrheit stecken. Aber ist es nicht auch so, dass sich beide Kräfte gegenseitig bedingen, dass nämlich auch die Wirtschaft nur den Spielraum zur Verfügung hat, den die Politik ihr lässt?

Zumindest gehörte es mit zu den Grundprinzipien der europäischen Einigung, den Spielraum der Wirtschaft zu erweitern, über die nationalen Grenzen hinweg. Ein einheitlicher europäischer Wirtschaftsraum, der den Unternehmen grenzüberschreitenden Handel erlaubt, um Wachstum zu schaffen. Trotz bedeutender Fortschritte ist der gemeinsame Binnenmarkt noch nicht vollendet; so fehlt es beispielsweise trotz vieler Angleichungsmaßnahmen immer noch an einem echten grenzüberschreitenden einheitlichen Wirtschaftsrecht. Genau das ist aber die logische Fortsetzung der Marktöffnung zwischen den Mitgliedstaaten. Denn was in der Theorie schon erlaubt ist, erweist sich in der Praxis als schwierig. Unternehmer, die europaweit tätig werden, sind heute einem Flickenteppich von unterschiedlichen europäischen Regeln ausgesetzt. Ein undurchschaubarer „Dschungel“, wie Professor Dr. Reiner Schulze von der WWU Münster den Wildwuchs unterschiedlicher EU-Regelungen beschreibt. Das schrecke vor allem kleinere und mittelständische Unternehmen ab, die Freizügigkeit des Marktes auszunutzen.

Deshalb gibt es die Hoffnung, dass ein europäisches Wirtschaftsgesetzbuch, welches die bereits existierenden Regeln in einem einheitlichen und geordneten Gesetzestext kohärent zusammenfassen würde, hier Abhilfe schaffen könnte.

Was für die vielen EU-Mitgliedstaaten nicht auf die Schnelle umzusetzen ist, gehen Deutschland und Frankreich bereits an: Im Koalitionsvertrag verpflichtet sich die deutsche Bundesregierung, einen deutsch-französischen Wirtschaftsraum mit einheitlichen Regeln für Unternehmen zu schaffen. Ein modernes Unternehmenssteuerrecht der beiden Länder sieht die Bundeskanzlerin auch als Antwort auf den globalen Wettbewerb. Am europäischen Projekt, also der Schaffung eines „Europäischen Wirtschaftsgesetzbuchs“ arbeitet zudem eine Gruppe deutscher und französischer Juristen unter dem Dach der Association Henri Capitant und mit Unterstützung großer europäischer Thinktanks wie den Juristenvereinigungen und angesehener Universitäten. Bis März 2020 soll der letzte der 13 geplanten Rechtsbereiche abgeschlossen sein, also ein erster vorläufiger Entwurf eines europäischen Wirtschaftsgesetzbuches vorliegen und irgendwann dann hoffentlich den „Wohlstand von morgen“ sichern, wie es im Koalitionsvertrag steht.

Heribert Hirte hat nicht vor, sich bis dahin in seinem Plenarsessel zurückzulehnen und abzuwarten, was die Projektgruppe in zwei Jahren an Ergebnissen vorlegen wird. Er will Wissen bündeln, Unternehmer für das Thema sensibilisieren, auf Fehlentwicklungen aufmerksam machen und selbst aufmerksam gemacht werden. Und so schließlich verhindern, dass es nicht allein bei einem akademischen Projekt bleibt, was politisch nicht umsetzbar und wirtschaftlich nicht brauchbar ist. Deshalb das Treffen vergangene Woche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Eine eigene, kleine Expertenanhörung, wie ihn Ausschüsse des Deutschen Bundestages regelmäßig machen. Nichts, was ein Bundestagsabgeordneter machen müsste, aber ein Weg, um als einzelner Parlamentarier mit eigenen Ideen und Vorschlägen erfolgreich zur Kenntnis genommen zu werden.

Bei diesem ersten Treffen wurde bereits eines deutlich: Es ist nicht das Ziel, das bestehende gute deutsche Wirtschaftsrecht durch neues europäisches Wirtschaftsrecht zu ersetzen. GmbHs und AGs sollen selbstverständlich erhalten bleiben. Eher geht es darum, den bisherigen Zustand des EU-Wirtschaftsrechts anwenderfreundlicher zu gestalten und von deutscher Seite brauchbare Ideen dafür zu liefern, wie zum Beispiel die einer EU-Gesellschaftsform, die der deutschen GmbH entspricht und die in allen Mitgliedstaaten die exakt gleichen Regelungen hat. Das könnte für Start-Up-Unternehmen interessant werden, deren Geschäftsmodelle häufig international funktionieren sollen. Und da wären wir wieder: Beim Spielraum. Ein Feld an Möglichkeiten, welches der Kölner Heribert Hirte, der CDU-Politiker und Rechtsexperte für Gesellschafts- und Insolvenzrecht, der deutschen Wirtschaft eröffnen möchte.

Kurz informiert

IKöln: Europaabend in Heribert Hirtes Bürgerbüro.

Berlin: Abgeordnetentreffen mit dem niederländischen Botschafter.

„Wozu brauchen wir die EU?“ - Diskussionsabend im Wahlkreisbüro

Volles Haus in der Aachener Straße 227: Heribert Hirte hatte Mitte September zu einem Diskussionsabend in sein Wahlkreisbüro geladen. Mit Blick auf die Europawahl 2019 drehte sich alles um die Frage „Wozu brauchen wir die EU?“ Zu Gast waren der Europaabgeordnete Axel Voss und Jürgen Matthes, Leiter des Kompetenzfelds Internationale Wirtschaftsordnung und Konjunktur am Institut der deutschen Wirtschaft. Schnell entwickelte sich ein Dialog, der deutlich machte, wo für viele Bürgerinnen und Bürger die größten Probleme liegen. Axel Voss betonte, dass es trotz zunehmender Nationalismustendenzen nach wie vor ein starkes Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Union gebe: „Allen ist klar, dass wir zentrale und künftige globale Herausforderungen wie die Flüchtlingszuwanderung nur gemeinsam lösen können.“ Die europäische Einigung habe Frieden gestiftet und Freiheit und Wohlstand gebracht. „Dieses Versprechen hat die EU bis heute gehalten“, so Voss.

Im Anschluss setzte Jürgen Matthes einen wirtschaftspolitischen Schwerpunkt und zog mit Blick auf die Euro-Rettung Bilanz: „Die Währungsunion ist besser als ihr Ruf. Die Reformen waren zum großen Teil erfolgreich.“ Die vorgetragene Sorge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bezug auf die Niedrigzinspolitik der EZB konnte Matthes nachvollziehen. Angesichts des breiten Aufschwungs im Euroraum sei es Zeit für ein Ende der expansiven Sparpolitik.

Gastgeber Heribert Hirte machte zum Abschluss deutlich, dass man mit den Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch bleiben müsse. „Wir Politiker haben die Aufgabe, Prozesse transparent zu machen und den Fokus auf die zahlreichen wichtigen Erfolge in der EU zu lenken.“

Gespräch mit dem Botschafter des Königreichs der Niederlande

Gemeinsam mit weiteren Abgeordneten der Parlamentsgruppe „BENELUX“ traf Heribert Hirte kürzlich den Botschafter des Königreichs der Niederlande. S. E. Wepke Kingma betonte, wie gut die Beziehungen zu Deutschland seien. Letzte Grenzfragen seien gelöst, es gäbe eine rege grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie einen militärischen und auch kulturellen Austausch. Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt sei von hoher Bedeutung. Die Anerkennung von Bildungsabschlüssen komme voran. Es würden zudem mehrere grenzüberschreitende Verkehrsinfrastrukturprojekte geplant. Allerdings gab er auch zu bedenken, dass die polizeiliche Zusammenarbeit zu stärken sei.

AfD will Grundrecht auf Religionsausübung einschränken - So reagierte der Jurist Hirte darauf

In Deutschland herrscht gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Grundgesetzes (GG) Glaubens- und Bekenntnisfreiheit. Absatz 2 lautet: „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“ Mit einem Antrag der AfD-Bundestagsfraktion wollte die Partei diesen Artikel im Grundgesetz so ändern, dass die Religionsausübung verwirkt werden kann, wenn jemand sich gezielt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wendet und dabei auf seine Religion beruft. Eine Forderung, die Heribert Hirte natürlich juristisch geprüft hat - und für überflüssig hält, da die bestehende Gesetzeslage ausreichen würde. Seine Argumente lassen sich anhand dieser Plenarrede vom 27. September 2018 noch einmal nachvollziehen. Hier lesen Sie auch das Protokoll der gesamten Debatte.

Rundblick
Die Medienschau

Hier eine Auswahl von Beiträgen, die Heribert Hirte Hier eine Auswahl von Beiträgen, die Heribert Hirte in den vergangenen Tagen via Twitter der Netzgemeinschaft „gezwitschert“ hat:

14. Oktober 2018
„Herzlichen Glückwunsch! Das zeigt: Wir sollten den Extremisten am Rand nicht hinterherlaufen.“ So lautete die Antwort Heribert Hirtes auf diese Nachricht von Volker Ullrich: „In #Augsburg ist die #CSU klar über 30%. Das könnte eines der besten Großstadt-Ergebnisse werden. Unser liberaler und bürgerliche Kurs der Mitte war damit trotz Verlusten im Ergebnis erfolgreich. Beide Stimmkreise gehen mit rund 10% Abstand an die CSU. #ltwBY18“

16. Oktober 2018
„Ich wünsche den Opfern der #Geiselnahme in #Köln schnelle und vollständige Genesung und danke @polizei_nrw_k und @Feuerwehr_Koeln für ihren professionellen und umsichtigen Einsatz.“

20. Oktober2018
Auf die Meldung des Deutschlandfunks, dass die CDU-Vorsitzende Merkel ein Ende der parteiinternen Diskussionen über die sogenannte Flüchtlingskrise gefordert habe, schreibt @HHirte:
„Recht hat #Merkel: Endlose Diskussionen über hypothetische Kausalverläufe bringen nichts. Wer weiß, ob wir bei anderem Vorgehen nicht schon lange eine linke Regierung hätten … @cducsubt @CDU @UnionderMitte“

20. Oktober2018
Auf Meldungen zu der Demo gegen den Brexit in London schrieb @HHirte:
„Eines sollte aber klar sein: Mit dem Hin- und Her-Geeiere, das wir seit Jahrzehnten von den Briten kennen, muss irgendwann einmal Schluss sein. @KLeikert @hahnflo @n_roettgen“

21. Oktober 2018
„Der weit überwiegende Teil der @AfDimBundestag bekennt sich zu keiner #Religion. Im #Bundestag aber spielen sie sich als „Religionswächter“ und Verteidiger des christlichen Abendlandes auf. #Entchristlichung #Religionsfreiheit @cducsubt @CDU“

Augenblick
Foto der Woche

Heribert Hirte setzte sich am Freitag, den 19. Oktober im Parlament lautstark für bedrängte Christen ein! Nach der einstündigen Debatte im Plenum zur **Stärkung der Religionsfreiheit** lud die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Vertreter von Kirchen und Verbänden zu einem Empfang. Der Austausch und Kontakt untereinander ist wichtig, wenn man erfolgreich an einem Strang ziehen möchte. Hier sehen Sie ein Video und weitere Fotos der Veranstaltung.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich seit vielen Jahren für Christen in aller Welt ein und stärkt damit das Recht auf Religionsfreiheit aller Menschen. Auch Heribert Hirte engagiert sich mit voller Kraft für seine Schwestern und Brüder im Glauben, allerdings ohne die Christen gegenüber anderen Menschen (egal ob religiös oder nicht) zu bevorzugen. Denn das würde den Christen in den betreffenden Ländern nicht helfen, sondern schlimmstenfalls schaden. Die Unions-Fraktion hat vergangene Woche deshalb zusammen mit der SPD einen eigenen Antrag eingebracht, den der Deutsche Bundestag mit Mehrheit verabschiedet hat. Darin fordert er die Bundesregierung unter anderem auf: „sich weiterhin mit Nachdruck in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik sowie Entwicklungspolitik auf bi- und multinationaler Ebene für das elementare Menschenrecht der Religionsfreiheit einzusetzen, zu dem insbesondere die Rechte, den Glauben zu wechseln, den Glauben öffentlich zu bekennen, für den Glauben zu werben oder frei von jedem Glauben zu leben, zählen“. Hier können Sie dazu die Rede von Heribert Hirte anschauen und den Antrag lesen.

Querblick

Das Zitat

Das denkt Heribert Hirte zu dem Fall des Attentäters vom Kölner Hauptbahnhof:

„Es mag dem spontanen Gerechtigkeitssinn einiger Bürger widerstreben, dass der Attentäter vom Hauptbahnhof nicht schon wegen der vielen gegen ihn eingeleiteten Ermittlungsverfahren abgeschoben worden ist, aber Deutschland ist ein Rechtsstaat, und dafür bin ich auch dankbar. Der Attentäter vom Hauptbahnhof hatte als Syrer einen Schutzstatus inne. Wer unter diesem Schutzdach des Asylrechts hierzulande straffällig wird, wird nach den Gesetzen unseres Strafrechts verfolgt - und das übrigens zu Recht nach den gleichen Maßstäben wie ein Deutscher. Deshalb gilt gleichermaßen auch für ihn der Grundsatz ‚in dubio pro reo', also ‚im Zweifel für den Angeklagten'.

Verwirken kann ein Flüchtling seinen Asylstatus jedoch dann, wenn er als sogenannter Gefährder eingestuft wird. Warum im Fall des Attentäters vom Kölner Hauptbahnhof diese Gefahr für einen Terroranschlag nicht gesehen wurde, bedarf sicher der Prüfung. Erst dann wird man beurteilen können, ob die Polizei oder andere Behörden Fehler gemacht haben. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass große Teile der Bevölkerung die dafür möglicherweise notwendigen technischen Überwachungsmaßnahmen wie das Auslesen von Handydaten oder die Vorratsdatenspeicherung ablehnen."

Weitblick

Die Termine

Dienstag, 30. Oktober 2018
Bürgerveranstaltung in Köln mit dem Landtagsabgeordneten Oliver Kehrl zur Stadtbahntrasse nach Rondorf und Meschenich. Zu Gast ist die Kölner Verkehrsdezernentin Andrea Blome und der Leiter der Planungsabteilung der KVB, Gunther Höhn.

Sonntag, 28. Oktober bis 2. November 2018
Heribert Hirte ist Teil einer Delegation des Rechtsausschusses, die nach Albanien und Kosovo reist. Dort wird er nicht nur mit dem Ministerpräsidenten, der Justizministerin und dem Außenminister sprechen, sondern auch auf Vertreter verschiedener Glaubensgruppen treffen.

Montag, 5. November 2018
Die Sitzungswoche beginnt mit einem Gespräch mit dem neuen Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus über die künftige Ausrichtung des Stephanuskreises.